

SPD-Ratsfraktion Bielefeld

CDU Ratsfraktion

Bündnis 90/Die GRÜNEN - Ratsfraktion Bielefeld

Fraktion Bielefelder Mitte

FDP im Rat der Stadt Bielefeld

Ratsgruppe Bürgernähe / Piraten

Alexander Spiegel von und zu Peckelsheim

Lothar Klemme

Antisemitismus bekämpfen - BDS-Kampagne entgegenreten

Beschlussvorschlag

Wie der Deutschen Bundestag mit Beschluss vom 17. Mai 2019 und der NRW-Landtag mit Beschluss vom 11.09.2018, verurteilt auch der Rat der Stadt Bielefeld das Wirken der Boycott-, Divestment- und Sanctions-Bewegung (BDS-Kampagne), die seit Jahren zum Boykott gegen Israel, gegen israelische Waren und Dienstleistungen, israelische Künstlerinnen und Künstler, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Sportlerinnen und Sportler aufruft. Der allumfassende Boykottaufruf führt in seiner Radikalität zur Brandmarkung aller israelischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger jüdischen Glaubens in Gänze und ist dadurch und durch ihr Argumentationsmuster klar antisemitisch. Die Aufkleber auf israelischen Handelsgütern, die vom Kauf abhalten sollen, erinnern zudem an die schrecklichste Phase der deutschen Geschichte.

Der Rat der Stadt Bielefeld fordert die Verwaltung und die stadtnahen Gesellschaften auf, alles im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten zu unternehmen, um der BDS-Bewegung ebenso wie allen Gruppierungen, die das Existenzrecht Israels in Frage stellen, keine Einrichtungen und Räumlichkeiten für ihre Veranstaltungen und sonstigen Zwecke bereitzustellen. Auch sollen keine Projekte oder Organisationen finanziell gefördert werden, die zum Boykott Israels aufrufen oder die die BDS-Bewegung aktiv unterstützen. Eine kritische und konstruktive Auseinandersetzung mit der israelischen Regierungspolitik muss gleichwohl auch weiterhin im Rahmen der Meinungs-, Presse- und Äußerungsfreiheit möglich sein.

Der Rat der Stadt Bielefeld unterstützt ausdrücklich Maßnahmen, die zur Aufklärung, zur Abwehr und Bekämpfung aller Formen von Antisemitismus geeignet sind und bittet die Verwaltung, weiterhin ein verstärktes Augenmerk auf die unverzichtbare Präventionsarbeit zu richten.

Begründung

Der Landtag NRW hat im September 2018 einen einstimmigen Beschluss gefasst, der die antisemitische und antiisraelische BDS-Kampagne (Boycott, Divestment and Sanctions) verurteilt und

gegenüber den Einrichtungen des Landes die Forderung erhebt, dieser Kampagne und ihr nahestehenden Gruppierungen keine Räumlichkeiten für Veranstaltungen oder sonstige Zwecke zur Verfügung zu stellen oder sie in sonstiger Weise zu unterstützen. Der Landtag ruft die Städte und Gemeinden auf, sich dieser Haltung anzuschließen.

Bielefeld ist eine weltoffene, vielfältige, tolerante und internationale Stadt. In ihr ist kein Platz für menschenverachtendes Gedankengut und Fremdenfeindlichkeit und damit auch nicht für Antisemitismus.